

# Zur sozialen Situation von Prostituierten

## Dokumentation des Fachtags

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Leben zwischen den Welten – Frauen in der Sexarbeit in Europa</b>	<b>4</b>
Frauen in der Prostitution in Europa – Politik und Lebenswelten	4
Aktuelle Rechtslage im Vergleich	8
Gewalt an Frauen in der Prostitution	10
Transnationale Mutterschaft – der Versuch einen getrennten Alltag gemeinsam zu leben?	11
<b>10 Jahre Prostitutionsgesetz – Fluch oder Segen? Rückblick und Ausblick</b>	<b>15</b>
Vortrag Prof. Dr. Kavemann	17

## Vorwort

In einem sich stark verändernden Europa begegnen Frauen, die in der Prostitution tätig sind, unterschiedlichsten Rahmenbedingungen und Gegebenheiten, die häufig zu prekären Lebenssituationen führen.

In der politischen Diskussion wird die soziale Situation der Frauen allerdings häufig nicht reflektiert. Um eine Annäherung an ihre Lebenswelten zu ermöglichen, haben wir im Rahmen eines Fachtages im März 2013 einige Fragestellungen und Themen aufgegriffen. Zum einen war es uns wichtig, die Lebenswelten von Frauen in der Prostitution in den Blick zu nehmen und dabei auch zu beleuchten, wie sich die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen darauf auswirken. Zudem haben wir das Thema der Gewalt an Frauen in der Prostitution aufgegriffen sowie die Lebenssituation von Migrantinnen, die bei uns arbeiten, deren Kinder aber im Herkunftsland geblieben sind (Transnationale Mutterschaft).

Wir freuen uns, Ihnen mit dieser Dokumentation die Fachreferate, auf deren Grundlage wir an dem Tag miteinander ins Gespräch kommen konnten, zur Verfügung stellen zu können.

Abgeschlossen wurde der Tag durch eine sehr vielfältige, lebendige und konstruktive Podiumsdiskussion zu der Frage „10 Jahre Prostitutionsgesetz – Fluch oder Segen?“. Den Eingangsvortrag dazu von Frau Prof. Dr. Kavemann, der eine qualifizierte und umfassende Grundlage für die Diskussion bot, finden Sie ebenfalls in dieser Dokumentation. An dieser Stelle auch nochmals unser herzlicher Dank an alle Mitwirkenden und Teilnehmenden der Veranstaltung – mit Ihrer Hilfe ist es uns gelungen, unser Ziel – über die soziale Situation von Prostituierten in Europa zu lernen und in den Austausch zu treten – zu erreichen.

Freiburg, September 2013  
Angelika Hägele Projektleitung P.I.N.K.



Mitveranstalterinnen



## Frauen in der Prostitution in Europa – Politik und Lebenswelten

Vortrag von  
Ariane, Sexarbeiterin, Berlin

Unbestimmte Zahlen tatsächlicher Opfer lassen Spekulationen ins Kraut schiessen, aus denen ProstitutionsgegnerInnen seit Ewigkeiten für ihre durchsichtigen Interessen Kapital schlagen und zugleich konservativen Populismus nähren, und die Öffentlichkeit durch Fehlinformation und Demagogie zum Narren halten. Bei der Suche nach Menschenhandelsopfern und im öffentlichen Diskurs werden im Regelfall SexarbeiterInnen, insbes. Migrantinnen markiert und diskriminiert, stigmatisiert und ihnen jedwede Handlungskompetenz und Selbstbestimmung abgesprochen. Ich würde so weit gehen, zu behaupten, dass es sich um einen Straftatbestand handelt und nach Straßburg und Den Haag zur weiteren Klärung gehört.

Voranstellen möchte ich, dass es sich einer Fehleinschätzung verdankt, wenn man glaubt, dass Prostitutionsgesetze oder Prostitutionsverbote SexarbeiterInnen schützen. Das Gegenteil ist international und erwiesenermaßen der Fall und macht das Thema ungeheuer kompliziert. Hinzu kommt die Debatte um Menschenhandel und Prostitution, kein neues Thema in den letzten Jahrzehnten, aber zum Wahlkampfauftakt wie neu angerührt.

Die wichtigsten Fragen möchte ich hier in aller Kürze erörtern:

**Was unterscheidet Sexarbeit von Zwangsprostitution?** Freiheit und Unfreiheit bzw. Selbstbestimmung von Fremdbestimmung.

**Sind SexarbeiterInnen alle Opfer, Opfer eines falschen Bewusstseins?** Nein. 'Falsches Bewusstsein' ist die Fortschreibung pseudo-marxistischer Kritik, die in den 70er Jahren stecken blieb, meist in den Köpfen, die ein 'falsches Bewusstsein' behaupten und genauso abgeschmackt ist wie abgestandenes Bier.

**Was bedeutet sog. „Einstiegshilfe“ und warum beschimpfen rechte Feministinnen Beratungsstellen für diese notwendige Arbeit?** Einstiegsberatung in diversen Fachberatungsstellen dient der Professionalisierung, d. h. der Beratung und zur Verfügungstellung von notwendigen Informationen rund um Sicherheit, Gesundheit, geschützten Arbeitsbe-

dingungen. Viele Frauen konnten dadurch Plätze mit guten Arbeitsbedingungen finden. Ohne Beratung springt man ins kalte Wasser und entsprechend erhöht sich das Risiko, negative Erfahrungen zu machen, gerade weil der Run auf sog. „Anfängerinnen“ und „Unwissende“ besonders hoch ist. Dies wissen alle Kenner der Szene, nicht nur professionelle Damen mit Erfahrungswerten.

**Gibt es Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung und Sklaverei von Frauen, Männern und Kinder in der Prostitution?** Ja, aber die Zahlen schwanken zwischen den seit Einführung des Prostitutionsgesetzes ermittelten und seither gesunkenen Fallzahlen auf 640 Opfer in 2011, wovon 59% unter 21 Jährige sind. Hier liegen mir die Daten des BKA zum Bundeslagebericht Menschenhandel vor. Im öffentlichen Diskurs werden mal 11.000, 24.000 dann 200.000 – 400.000 als zahlenmässige Schätzung sog. Zwangsprostituierter angegeben. Hier steht wohl die multimedial seit Ewigkeiten verwertete Schätzung von 400.000 SexarbeiterInnen von vor 30 Jahren Pate, die ich nach meiner bisherigen Quellenlage nicht als seriös bewerte, davon ungeachtet die Entwicklungen der letzten 30 Jahre aussen vor lässt, hohe Fluktuation, Fly In/Fly Out, also hochmobile Sexworker uvm. unberücksichtigt lässt und all jene mit kurzen Aufenthaltszeiten im Gewerbe.

**Wie kann man Menschenhandel wirksam verfolgen? Woran scheitern Strafverfolgungsbehörden?** Es fehlen den Ermittlungsbehörden objektive Kriterien für die Identifikation von Opfern, worauf ich in <http://nuttenrepublik.wordpress.com/2012/10/11/iii-daten-fakten> bereits hinwies.

**Die Frage ist, wie erhöht man die Aussagebereitschaft von tatsächlichen Opfern?** Menschenhandelsbekämpfung ist auf Strafverfolgung fokussiert und nicht auf den Schutz der Menschenrechte. SexarbeiterInnen am Strassenstrich distanzieren sich von Hilfsangeboten im Zuge von Kriminalisierungspolitiken und führen zu einem Vertrauensverlust und damit zu weniger Sicherheit für sie, entsprechend sinkt die Aussagebereitschaft bei Gewalterfahrung. Sämtliche SexarbeiterInnen werden durch polizeiliche Ermittlungen, auch bei Razzien eingeschüchert, teils traumatisiert und verängstigt. Auf der Suche nach Opfern schafft man neue und nimmt dies in Kauf, da der Druck auf die Strafverfolgung und Ermittlungsbehörden so ungeheuer gross ist, Opfer zu finden.

Je mehr sie im Nebel stochern, desto grösser wird das Gefühl der Ohnmacht auf beiden Seiten. Opfern von Menschenhandel, denen mit Abschie-

bung gedroht wird, werden erst recht nicht gegen Täter aussagen. Hinzu kommt die Angst, als Sexarbeiterin im sozialen Umfeld geoutet zu werden, wenn man lediglich unter 21 Jahre alt ist und/oder in einem illegalisierten Umfeld arbeitet (Sperrbezirke etc.) oder aufgrund illegaler Einwanderung keinerlei Schutzrechte genießt und quasi automatisch als Opfer von 'Menschenhandel' wahrgenommen wird.

**Welche Folgen haben Razzien und eine hohe Kontrolldichte?** Teilweise Traumatisierung, in jedem Fall Angst und kein Vertrauen in Strafverfolgungsbehörden. SexarbeiterInnen wenden sich in Notlagen oder im Fall, dass sie Zeuginnen von Verbrechen an anderen Sexworkern werden, dann eher nicht an die Polizei.

**Was bedeutet Ausbeutung in der Sexarbeit?** Verschiedenes. Ausbeutung durch Viktimisierung, d. h. jemanden in eine Opferrolle drängen und sie darauf festnageln, indem Prostitutionsgegner und Helferlein finanziell und emotional an der Erniedrigung von SexarbeiterInnen verdienen, ihnen Selbstbestimmung und Handlungskompetenzen absprechen, sie also für unmündig erklären.

Tatsächlich erlebt man diese Ohnmacht in der Zuschreibung als Opfer und wehrt ab, selbst wenn man kein Opfer ist, so wird man doch dazu gemacht bzw. durch Abschiebung oder wie es internationale Praxis ist, durch Zwangsrettung, Internierung in 'Besserungsanstalten' und Zwangsumschulung in Niedrig-Lohn-Jobs zu sklavereiähnlichen Konditionen, wo allein Produzenten und Zwischenhändler in der Wertschöpfungskette verdienen (z. B. internationale Textilindustrie mit Werkbänken in Asien u. a.).

Opferrolle steht entgegengesetzt zu tatsächlichen Opfern von Sklaverei, denen durch solche Zuschreibungen und Maßnahmen am wenigsten geholfen ist. Sie werden in einer Notlage eher nicht den Kontakt zu möglichen Helfern suchen (z. B. Kunden) bzw. es fehlt an mehrsprachigen Informationen allerorts, an wen man sich vertrauensvoll wenden kann und wo keine 'be/wertende' Beratung und echte Hilfeleistung stattfindet. Es ist also nicht nur die Angst vor stigmatisierender Bewertung und/oder Ausweisung, die Sexworker in den Untergrund treiben und sich damit potentieller Hilfeleistung entziehen und ihr Arbeiten gefährlicher machen. Die Helfer-Industrie gedeiht aus der Vermischung von Opfern und Opferrolle und den echten Opfern ist damit am allerwenigsten geholfen.

Das bedeutet auch, die Tatsachen zu verkennen, dass manche SexarbeiterInnen wie andere Menschen in dieser Gesellschaft auch, die Gewalt oder

Misshandlung/Missbrauch erlebt haben, die Möglichkeit abzusprechen, selbstbestimmt zu handeln und für alle Zeiten auf einen Opfer-Status festgelegt zu werden. Jede Person verarbeitet Gewalterfahrungen anders und der unerschütterliche Selbstbehauptungswille führt bei den meisten Menschen dazu, ein gelingendes Leben führen zu können. Opfer zu werden ist kein berufseigenes Risiko von Sexarbeit, außer wenn Kriminalisierungspolitiken zu einem gefährlicheren Arbeitsumfeld führen. Davon abgesehen ist die strukturelle Gewalt ein Kennzeichen jeder Gesellschaft und die Ursachen in Augenschein zu nehmen und Veränderungen einzuleiten ist gesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehören auch Geschlechterbilder, Machtverhältnisse und eine gesellschaftliche Moral, die den Selbstbehauptungswillen und die Freiheit des Einzelnen beschränkt.

Ausbeutung bedeutet auch, wenn man vom Verdienst seiner Arbeit kein menschenwürdiges Leben bestreiten kann oder die Arbeitsbedingungen menschenunwürdig sind; dies trifft mittlerweile auf große Teile der Bevölkerung in unterschiedlichen Branchen zu und führt zu sozialer Ungleichheit und Kämpfen. Auch dieser Kampf um Wettbewerbsvorteile spiegelt sich im Sexbiz wieder.

Ausbeutung bedeutet nicht, bezahlte Dienstleistungen von Vermittlungsleistungen auch zwischen 30–50% in Anspruch zu nehmen, wenn man in diese Konditionen einwilligt, die dazu dienen sollen, ein sicheres Arbeiten zu ermöglichen, für Bedingungen zu zahlen, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu fördern.

Ausbeutung und Zuhälterei bedeutet auch, wenn SexarbeiterInnen gegen ihren Willen zum Verbleib im Biz gezwungen werden bspw. genötigt werden, i. e. durch Erpressung mit Outing und das bedeutet mit der Vernichtung ihrer sozialen Existenz gedroht oder auf dem Spiel steht, immer wenn gegen ihre Persönlichkeitsrechte und sexuelle Selbstbestimmung verstoßen wird. Und hier muß sich die Helfer-Industrie einreihen, wenn sie international an Rahmenbedingungen mitwirkt, die den SexarbeiterInnen und ihrer Selbstbestimmung nicht nützen, sondern schaden und gefährden und sie lebensgefährlichen Situationen aussetzt.

**Was bedeutet Politik der einschränkenden Nachfrage?** Hier liegt der Irrtum zugrunde, dass man durch Prostitutionsverbote oder Kriminalisierung der Kunden die Prostitution zum Verschwinden bringt der logische Kurzschluss, dass es mit Verboten keine Opfer mehr gäbe.

**Welche Auswirkung hat Kriminalisierung von**

Kunden, eine Forderung, die europaweit erschallt (z. B. EWL)? Opfer trauen sich nicht mehr, sich in Not an einen Kunden zu wenden, der noch dazu mit Strafverfolgung zu rechnen hat. Die Aussagebereitschaft der SexarbeiterInnen sinkt, wenn sie mit Gewalt konfrontiert werden; Gewalt gegenüber SexarbeiterInnen erhöht sich mit Kriminalisierungspolitik (Erfahrungen aus Norwegen und Schweden, wo dieses Modell in Kraft ist; siehe auch dazu: <http://www.thelocal.no/page/view/rip-up-prostitution-law-says-top-oslopolitician#.UOW4V07Hfp4> sowie <http://feministire.wordpress.com/2012/07/01/the-oslo-report-on-violence-against-sex-workers/>)

**Wie kann man helfen, die Arbeitsbedingungen für SexarbeiterInnen gesund und sicher zu machen?**

- Stigma bekämpfen
- Selbstbehauptung durch Entkriminalisierung der Sexarbeit stärken
- Menschenrechte der SexarbeiterInnen schützen: menschenrechtswidrig handelt, wer SexarbeiterInnen Selbstbestimmung, auch sexuelle Selbstbestimmung abspricht. Wer bspw. als Feministin im Namen von Frauenrechten spricht, ohne die Menschenrechte von Sexworkern zu würdigen und anzuerkennen, weiß nicht wovon sie spricht und wird in der Aussenwahrnehmung auch so wahrgenommen, als gefährlich oder irre, genauso wie Gewalttäter.

Anti-Menschenhandels-Politiken sind mit strikteren Grenzkontrollen und Einreisebestimmungen verbunden, die wiederum Bürgerwehren in ihrem Ressentiment gegen Ausländer bestärken und sich umso stärker bemühen diese 'Illegalen' aufzuspüren. Je schwieriger es ist, sich legal zu bewegen und zu arbeiten, umso mehr benötigen SexarbeiterInnen die Unterstützung von Vermittlern und macht sie für Ausbeutung anfälliger.

Die Vermischung von Menschenhandel und Sexarbeit führt zu Fahndungskriterien/Raster ethnischer Zugehörigkeit und führt zu verstärkten Razzien und Kontrollen in Arbeitsstätten, eben aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit.

Ressourcen von Sexworker-Interessenvertretern werden durch die permanente Auseinandersetzung mit Prostitutionsgegnern absorbiert, anstatt sich effizienter für die Wahrung der Menschenrechte der SexarbeiterInnen einsetzen zu können, noch dazu, wo personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen sehr knapp bemessen sind, im Gegensatz zur Helfer-Industrie, in die sämtliche Spenden und öffentlichen Gelder abwandern.

**Empfehlung:** daher sollten sich InteressenvertreterInnen von SexarbeiterInnen aus der Anti-

Menschenhandelskampagne fern halten, besser alle Kräfte mobilisieren, um an besseren und nicht ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und des Zugangs zur Rechteverwirklichung für SexarbeiterInnen mitzuarbeiten.

*„Die Vermischung von Menschenhandel und Sexarbeit bietet sowohl ProstitutionsgegnerInnen als auch Ausländerfeinden und Einwanderungsgegnern Munition. Prostitutionsgegner nutzen die Anti-Menschenhandels-Rhetorik, um Sexarbeit zu verbieten; Einwanderungsgegner, um Einreisebeschränkungen zu verschärfen. Die Vermischung führt in der öffentlichen Meinung zu einem Verständnis, dass alle SexarbeiterInnen Opfer von Ausbeutung sind und Sexarbeit generell Ausbeutung bedeutet. Wenn SexarbeiterInnen ihr Stellenwert als ArbeiterInnen abgesprochen wird, sind sie von der Solidargemeinschaft ausgeschlossen und der anzuerkennenden Wertschätzung an ihrem Anteil der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Damit wird der Sexarbeit der Wert ihrer Arbeit aberkannt, und damit auch Schutz, Rechte- und Arbeitsschutz, auf die andere Beschäftigte oder Arbeiter rechtmäßig einen Anspruch haben.“*

Alle Massnahmen, die nach dem „Teile & Herrsche Prinzip“ eben nicht dazu beitragen, sondern genau das unterlaufen, sind auf den Prüfstand zu stellen.

Obiges Zitat und die folgenden Empfehlungen sind Übersetzungen von mir aus der Conclusio des NSWP Briefing Papers "sexwork is not trafficking", <http://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/SW%20is%20Not%20Trafficking.pdf>

#### **Empfehlungen für Politik- und Strategieplanung:**

- Forderung der Entkriminalisierung von Sexarbeit, d. h. Abschaffung aller Sonderverordnungen, die Sexarbeit kriminalisieren und verbieten, Gesetze und Steuern, die sie nicht gleichberechtigt neben anderen Berufstätigkeiten behandeln (gleiche soziale Rechte wie in anderen Erwerbstätigkeiten mit berufsspezifischen Herausforderungen)
- Beendigung aller Maßnahmen wie Razzien oder Rettungsmaßnahmen, die speziell auf MigrantInnen in der Sexarbeit abzielen
- Etablierung von Expertengruppen, die alle Interessenvertreter umfassen (Runde Tische in einigen Bundesländern gibt es bereits, mit ausgearbeiteten Leitlinien, vieles davon ist sinnvoll und muss ausgearbeitet werden, Runder Tisch NRW, Run-

der Tisch Hamburg etc.), um gemeinschaftliche Lösungen zu erarbeiten und nicht kurz-, sondern langfristig umzusetzen

- Regionale Unterschiede und Arbeitssituationen von Sexworkern anerkennen und einbeziehen
- Bereitstellung von Ressourcen für Sexarbeiter-Gruppen, um bessere Arbeitsbedingungen herzustellen
- Gewährleistung, dass Ressourcen, die in Migrationsarbeit fließen, mit migrantischen Sexarbeiter-Gruppen geteilt werden und Forschungsprojekte über Migration, auch Migration in die Sexarbeit, beinhalten

#### Zivilgesellschaftliche Forderungen:

- alle Aktionen von SexarbeiterInnen unterstützen, die ihre Arbeitsbedingungen verbessern
- alle Allianzen zwischen Netzwerken aus SexarbeiterInnen mit anderen gesellschaftlichen Netzwerken stärken und unterstützen
- Bereitstellung von Räumen für SexarbeiterInnen zum Treffen und Austausch über ihre Arbeit, Organisation und Erfahrungen

#### vertiefende Empfehlungen

von mir  
<http://nutzenrepublik.wordpress.com/2012/10/13/v-handlungsempfehlungen/>

#### Quellen:

<http://www.sexworkersproject.org/downloads/swp-2009-raids-and-trafficking-report.pdf>

<http://www.lauraagustin.com/kindle-nook-and-kobo-sex-at-the-margins-is-an-ebook>

<http://www.opensocietyfoundations.org/events/ending-demand-end-sex-trafficking-does-it-work>



## Frauen in der Prostitution in Europa – Politik und Lebenswelten

Welche Auswirkungen haben politische Veränderungen in Europa auf die Lebenswelt der Frauen?

Vortrag von

Claudia Schnebel, P.I.N.K. Kehl

Ich möchte nun, nach diesem umfassenden europaweiten Abriss über die Rahmenbedingungen, in dem sich Sexworkerinnen bewegen, auf die regionale Situation vor Ort, konkret an der Grenze Deutschland/Frankreich zu sprechen kommen.

Ein Teilstandort von P.I.N.K. befindet sich im Ortenaukreis, in Kehl das direkt an Strasbourg grenzt.

Kehl ist von seiner Größe mit ca. 30.000 Einwohnern Sperrbezirk. Im Ortenaukreis gibt es nur in Offenburg offiziell ausgewiesene und als Gewerbe angemeldete Etablissements.

Die meisten der Frauen mit denen wir von P.I.N.K. aus Kontakt haben, wohnen in Kehl und Umgebung, also in Deutschland und arbeiten in Strasbourg auf dem Straßenstrich.

Wie wir hörten, ist in Frankreich der abolitionistische Standpunkt derzeit vorherrschend und wird praktiziert. D.h. Prostitution wird zwar nicht verboten, doch das Anwerben von Kunden, oder anders ausgedrückt der offensive Kundenfang ist verboten (racolage).

Seit Ende der 90 er Jahre sind stärker werdende Restriktionen zu beobachten. Seit 2003 existiert ein Gesetz das im Volksmund La loi Sarkozy genannt wird, ein Gesetz das Sarkozy sehr stark versierte, damals noch als Innenminister.

In der Praxis heißt das, in der Praxis heißt das, daß auch anlächeln und Blickkontakt als aktives Anwerben ausgelegt und bestraft werden kann. Bis zu 2 Monate Gefängnis oder bis zu 3750 € Geldstrafe kann eine Frau als Strafe dafür bekommen.

Diese Politik stimmt weder mit dem Angebot noch mit der Nachfrage wie wir sie vor Ort erleben überein.

Als Folge dieser Politik ist aber zu beobachten, dass Frauen immer mehr am Rande der Stadt, in dunklen Industriegebieten und an stark befahrenen Ausfallsstraßen ihre Dienste anbieten.

Dort treffen wir sie, wenn wir einmal monatlich zur aufsuchenden Arbeit unterwegs sind um Informationen über unser Angebot zu verteilen.

In den letzten Monaten trafen wir dort viele Frauen aus Rumänien, einige aus Ungarn, aber vor allem Frauen aus Bulgarien.

Seit Tschechien gleichgestelltes EU Mitglied ist und die Menschen, die von dort kommen, Zugang auf den gesamten Arbeitsmarkt haben, hat sich die Situation dieser Frauen stark verändert. Während wir sie vor ca. 3 Jahren noch häufig angetroffen haben, sind sie jetzt meist auf andere Arbeitsbereiche umgestiegen. Zu einigen dieser Frauen haben wir aus der Anfangszeit von P.I.N.K. noch lose Kontakt.

Das Verhalten der französischen Polizei bezüglich der Fahndung des Tatbestandes „racolage“ erleben wir uneinheitlich, fast willkürlich.

Manche Polizeistreifen, denen wir ab und an bei unserer Streetwork begegnen, kontrollieren nur Pässe, ohne Folgen für die Frauen. Von anderen Frauen werden die Pässe einbehalten, sie werden an die Deutsche Polizei „rücküberstellt“ und müssen dort abgeholt werden. Im Falle der Rücküberstellung wird auch die Ausländerbehörde Kehl benachrichtigt. Diese geht zwar „großzügig“ mit einer solchen Meldung um, dennoch ist es eine unangenehme diskriminierende Situation für die Frau.

Dieser Umgang verbessert weder die Arbeits- noch die Lebenssituation der Frauen. Sie verhindert auch nicht, dass die Frauen sich in den nächsten Tagen wieder auf den Weg nach Strasbourg machen um dort zu arbeiten.

Die meisten der Frauen aus Osteuropa wohnen, wie schon eingangs erwähnt, in Deutschland, entweder direkt in Kehl, Offenburg oder in der Umgebung auf dem Land, meist in Pensionen, einige aber auch in Wohnungen die irgendjemand für sie angemietet hat. Ein kleinerer Teil der Frauen hat auch eigene Wohnungen und Mietverträge.

Generell erleben wir auch, dass die Frauen, die wir antreffen, ganz unterschiedliche Anliegen an uns herantragen. Wir arbeiten deshalb mit einem stark individualistischen Ansatz.

Wenn sich die Frauen an uns wenden, ist das oft aus einer Krise oder Notsituation heraus – die Kontakte sind kurzfristig angelegt und wenn „das Problem“ behoben ist, kommen sie meist auch nicht mehr in die Beratungsstelle. Wir halten aber weiterhin lose über die aufsuchende Arbeit zu ihnen Kontakt. Es geht oft um Begleitung zu Ämtern und Behörden oder migrationspezifische Sachverhalte. Manchmal geht es auch um gesundheitliche Probleme, Vermittlungen zu Ärztinnen und Ähnliches.

Frauen die sich auf ein längerfristiges Setting einlassen suchen im Rahmen eines Umstiegs eine Alternative zur Prostitution. Hierbei geht es um Vermittlung in ein Profiling, um Bewerbungsunterlagen und Orientierung in welche berufliche Richtung es gehen könnte und was die Voraussetzungen dafür sind.

Eine Vertiefung, was diesen Frauen helfen könnte und wie die politischen Rahmenbedingungen optimaler Weise sein sollten, werden in unserem Workshop diskutiert.



## Gewalt in der Prostitution

### Vortrag von

**Prof. Dr. Barbara Kavemann**

Sozialwissenschaftliches

FrauenForschungsInstitut Freiburg /Berlin

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

### Vorurteile, Mythen

- In der Prostitution arbeiten nur Frauen und Männer, die traumatische Situationen – vor allem sexuellen Missbrauch – in der Kindheit erlebt haben.
- Prostitution bedeutet ein ständiges Risiko, Gewalt durch Zuhälter, Betreiber und Kunden ist an der Tagesordnung.
- Die Entscheidung für eine Tätigkeit in der Prostitution kann niemals freiwillig sein, es geht hier ausschließlich um Zwang.

### Ergebnisse empirischer Untersuchungen

#### Befragung von 110 Prostituierten in vier Sprachen.

- 77% hatten deutsche Staatsangehörigkeit.
- Keine Repräsentativität möglich.
- 68% aktive Sexarbeiterinnen, 32% ausgestiegen.
- 51% hatten Kinder
- 60% arbeiteten selbständig, 15% mit Zuhälter, 27% mit Chef/in

#### Gewalterleben häufiger als bei weiblicher Bevölkerung

- Psychische und physische Gewalt 2 bis 3 Mal häufiger
- Sexuelle Gewalt 5 Mal häufiger
- Gewalt in der Erziehung erheblich höher

#### Häufiger Gewalterleben an als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. (BMFSFJ 2004)

- 92% aller befragten Prostituierten hatten mindestens eine Form sexueller Belästigung erlebt; (58%)
- 82% der Befragten nannten Formen von psychischer Gewalt; (42%)
- 87% haben seit dem 16. Lebensjahr mindestens eine der genannten Formen körperlicher Gewalt erlebt; (32%)

- 59% der Befragten haben seit dem 16. Lebensjahr mindestens eine der aufgeführten Formen sexueller Gewalt erlebt. (12%)

### Körperliche Gewalt

- am häufigsten durch Partner (76,6%)
- 34% durch Unbekannte
- 30% durch flüchtig Bekannte
- 48% durch jemand aus der Arbeit

### Sexuelle Gewalt

- 64% jemand aus der Arbeit
- 30% jemand Unbekanntes
- 60% Partner

### Kunden sind die häufigsten Gewalttäter im Arbeitskontext

#### Auswirkungen der Arbeitsbedingungen und der Stigmatisierung

- Hohes Maß an Belästigung ohne Körperkontakt, wie beim weiblichen Bevölkerungsdurchschnitt.
- Hohes Maß an (sexuellen) Beleidigungen.
- Gewalt deutlich häufiger an öffentlichen Orten, Straße, Auto, Parkplatz, Club, Sauna usw. erlebt.
- Geringeres Maß an sozialen Kontakten und Vertrauenspersonen.
- Weniger sichere Wohngegend, unsichere Arbeitsplätze.
- Problematischer Gesundheitsstatus.

### Menschenhandel und Gewalt

- Keine Gewalt, aber Druck und Nötigung
- Zwang und Gewalt von Beginn an
- Zwang und Gewalt im Verlauf
- Reduzierung von Zwang und Gewalt im Verlauf



## Transnationale Mutterschaft – der Versuch einen getrennten Alltag gemeinsam zu leben?

Vortrag von

Hanna Lindenfelser, Freija Kehl

Ich sitze in einem Café. Mir gegenüber sitzt Lilli. Lilli ist 22 Jahre alt und kommt aus Bulgarien. Seit 5 Jahren arbeitet sie in der Prostitution, zuerst in Spanien, dann in Deutschland, momentan lebt sie in Offenburg und arbeitet in Strasbourg auf dem Straßenstrich.

Wir treffen uns, weil sie seit einem Gewaltübergriff bei der Arbeit keine Papiere mehr hat und nächste Woche nach Hause fahren möchte. Lilli erzählt, dass sie ihre 2 Kinder besuchen möchte. Sie sind 3 1/2 und 2 Jahre alt. Das letzte Mal haben sie sich vor 1 1/2 Jahren gesehen. Jetzt muss eins ihrer Kinder operiert werden. Normalerweise schickt sie Geld und ihre Mutter kümmert sich und versorgt die Kinder. Aber die anstehende Operation ist etwas Besonderes, da möchte sie vor Ort sein.

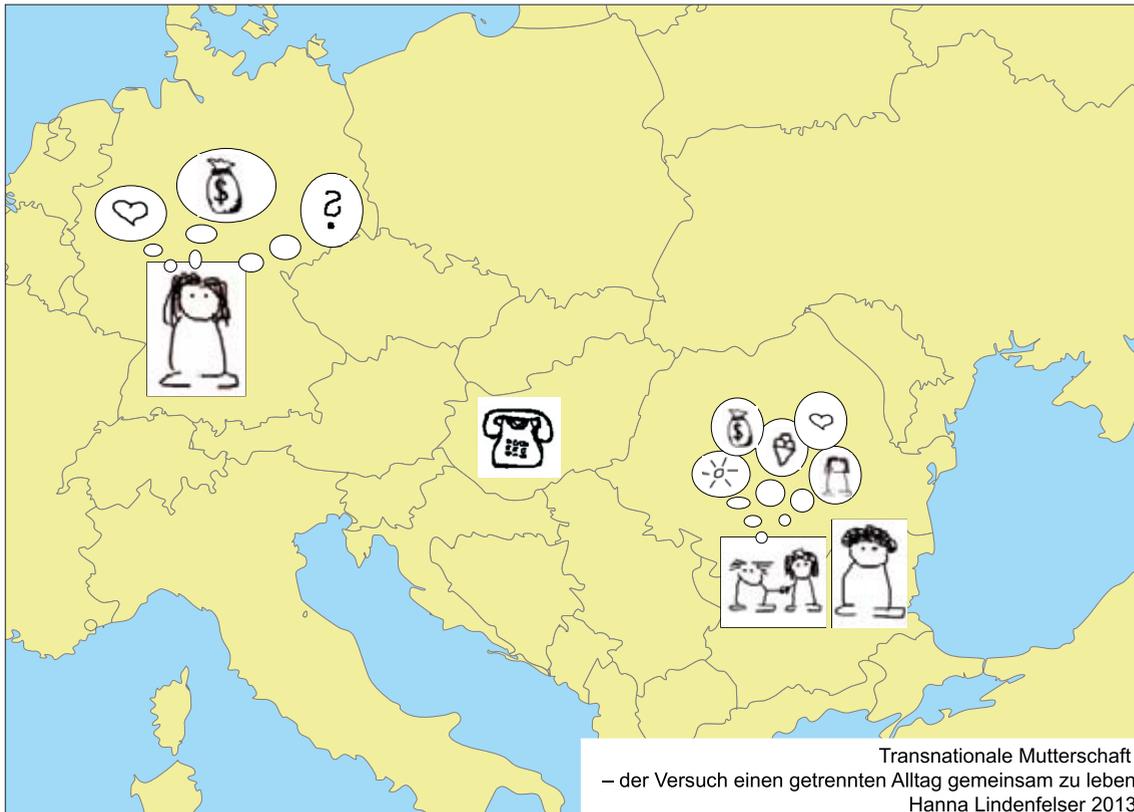
Ohne Papiere ist es nicht leicht über die Grenzen bis nach Bulgarien zu kommen, so begleite ich sie zur Ausländerbehörde um eine Grenzübertrittbescheinigung zu erhalten.

Ein Einzelfall?

Nein. 2/3 der Frauen, die meine Kollegin Claudia Schnebel und ich während der aufsuchenden Arbeit auf dem Straßenstrich in Strasbourg treffen, berichten, dass sie Kinder im Herkunftsland haben.

Lilli, eine von vielen Transnationalen Müttern, die in der Prostitution arbeiten und regelmäßig Geld nach Hause schicken.

Im folgenden Impulsreferat werde ich mich auf die Situation in Kehl beziehen und Beispiele aus der Praxis in Kehl/Strasbourg von Freija und PINK einfließen lassen, sowie Ergebnisse von Grundlagenforschern und –forscherinnen, da es nur sehr wenige wissenschaftliche Studien gibt, die sich gezielt mit dem Phänomen „Transnationale Mutterschaft“ auseinandersetzen.



### Transnationale Mutterschaft – was bedeutet das eigentlich?

Mutterschaft – eine soziale Konstruktion, die die biologischen, emotionalen und sozialen Aspekte des Verhältnisses von einer Frau zu ihren Kindern umfasst und das über internationale Grenzen hinweg?

Den Begriff „transnational motherhood“ prägen Pierrette Hondagneu-Sotelo und Ernestine Avila 1997 in ihrer Studie „I ’m here but I ’m there“ zu lateinamerikanischen Müttern, die in die Vereinigten Staaten zogen um zu arbeiten. Sie machten als eine der ersten auf das Phänomen von Frauen aufmerksam, die in ein anderes Land migrieren um dort zu arbeiten, während ihre Kinder im Herkunftsland leben bleiben.

Rhacel Salazar Parreñas, eine weitere Grundlagenforscherin im Bereich Transnationaler Mutterschaft interviewte 2001 philippinische Frauen in Italien und in den USA zu ihrer Situation als transnationale Mütter und nennt das Phänomen „mothering from a distance“. Als Anstrengungen biologischer Mütter über geographische Distanz hinweg ihre soziale Mutterschaft wahrzunehmen, beschreibt Helma Lutz die Transnationale Mutterschaft. Sie forscht in Deutschland zu osteuropäischen Frauen, die in Privathaushalten arbeiten.

Das Ideal, das biologische Mütter ihre Kinder großziehen, ist laut Hondagneu-Sotelo und Avila weit verbreitet und geschichtlich verankert, aber wird auch häufig gebrochen, von denen die ganz viel verdienen oder von denen, die sehr wenig verdienen. Erstere beschäftigen Kindermädchen und Nannys, die die Erziehung und Betreuung der Kinder übernehmen, zweitere geben die Betreuung der Kinder an andere Familienmitglieder ab und treffen eher Betreuungsvereinbarungen, so dass die Frauen Geld verdienen können.

Diese verschiedenen Begriffserklärungen machen deutlich, dass Transnationale Mutterschaft mehr ist als nur Mutter von Kindern, die in einem anderen Land leben, zu sein.

Die Transnationalen Mütter, die im Ortenaukreis leben und in der Prostitution arbeiten, mit denen wir Kontakt haben, migrieren in der Regel in der Hoffnung auf schnell verdientes Geld. Sie träumen davon ein Haus im Herkunftsland zu bauen, möchten ihren Kindern eine gute Bildung ermöglichen,

haben Schulden oder ihre Arbeitsstelle verloren, wollen den Lebensstandard der Familie verbessern oder eine gute medizinische Betreuung einzelner Familienmitglieder gewährleisten.

Teilweise treffen Frauen die Entscheidung zu migrieren alleine, häufig sind sie aber eine Ressource der Familie, die aufgrund der speziellen Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in der Pflege, in der Kinderbetreuung und in der Prostitution höhere Chancen als die Männer auf dem internationalen Arbeitsmarkt haben. Die Migration wird zum Familienprojekt. Das macht deutlich, dass wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen, dass die Frau, die in Strasbourg am Straßenrand steht, mehr ist als „nur“ eine Frau, die ihr Geld mit Sex verdient. Frauen, wie Lilli, finden sich in einer Doppelrolle wieder: sie sind für die finanzielle Unterstützung zuständig und nicht selten werden sie zur Hauptnährerin der Familie. Gleichzeitig bleiben sie Mutter und tragen die emotionale Sorge um ihre Kinder. Sie bleiben trotz der Migration an zwei Orten zugleich verankert.

In Kehl angekommen, gibt es laufende Kosten, die gedeckt werden müssen: die Miete für die Wohnung, Lebensmittel, Arbeitskleidung und die Taxigebühren zwischen Kehl und Strasbourg. Das Einkommen in Strasbourg ist unregelmäßig, mal läuft das Geschäft gut, wie in den Pausen bei Fußballspielen oder eben nicht gut, wie bei Minusgraden. Die Erwartungen der Familien zu Hause bleiben. Die wöchentlichen oder monatlichen Geldzahlungen ins Heimatland, Remittances genannt, werden fest ins Familienbudget eingeplant.

Aber wie vorher schon gesagt, basiert die Mutterschaft nicht nur auf der Finanzierung, sondern ein wesentlicher Aspekt ist der Wunsch, emotional präsent zu sein und am Leben der Kinder trotz der räumlichen Distanz teilzuhaben. Häufig sehen transnationale Mütter ihre Kinder über Monate und Jahre nicht. Gründe dafür sind z. B. dass das Geld nicht reicht um etwas für eine Heimreise anzusparen, weil die Frauen sich für ihre Arbeit als Prostituierte schämen oder es aufenthaltsrechtliche Schwierigkeiten gibt.

Die Interaktionsfrequenz zwischen Mutter und Kind nimmt einerseits automatisch durch das Wegbrechen des gemeinsamen Alltags ab. Die alltäglichen Begegnungen und Gespräche fehlen. Und andererseits können es sich die Frauen gerade durch das unregelmäßige Einkommen als Prostituierte auf der Straße nicht immer leisten Auslands-

anrufe zu tätigen. Die familiäre Intimität trotz sinkender Interaktionsfrequenzen und der teilweise langjährigen Trennung zu bewahren und aufrecht zu erhalten, wird zur Herausforderung für Transnationale Mütter. Die neuen Medien spielen für die Mütter eine zentrale Rolle, um trotz physischer Abwesenheit in Kommunikation mit ihren Kindern zu bleiben und die innerfamiliäre Intimität z.B. durch Videoanrufe zu pflegen. In der Literatur wird im Zuge dessen sogar von der Entstehung einer virtuellen Intimität gesprochen.

Um die Kinder auch aus der Ferne mit zu erziehen und in guten Händen zu wissen, treffen die Frauen Betreuungsabsprachen mit der Person, die die Kinder im Herkunftsland versorgt. In der Regel übernehmen weibliche Familienangehörige die Sorge für die Kinder oder es wird eine Frau angestellt, die diese Aufgaben übernimmt. Meist stammen die Frauen aus einem ärmeren Land und migrieren um ihre Kinder im Herkunftsland finanziell zu unterstützen. So entsteht ein weiteres Phänomen die „global care chains“. Globale Betreuungsketten und Netzwerke der Sorgearbeit gehen laut Petrus Han meist mit einem sozialen Abstieg der

Migrantinnen einher, während sie für die Frauen in Industrieländern einen sozialen Aufstieg ermöglichen. Aufmerksam möchte ich an dieser Stelle darauf machen, dass die aus der Distanz arrangierten Betreuungspflichten, wie die Kindererziehung, also weiblich konnotierte Tätigkeiten, weiterhin von Frauen übernommen werden und nicht von den evtl. im Familiensystem enthaltenen Männern.

Interviewpartnerinnen von Pierrette Hondagneu-Sotelo und Ernestine Avila benennen Ängste und Sorgen, dass ihre Kinder engere Beziehung zu der neuen Betreuungsperson aufbauen als zu ihnen. Diese Ängste sind nicht unbegründet, denn meist unterschätzen die Frauen die aus der Trennung resultierenden Entfremdungsprozesse. Kinder leben im Hier und Jetzt, die Erziehungsautorität wird mit der Zeit der Person zugesprochen, die physisch anwesend ist und versorgende Aufgaben übernimmt, die Regeln aufzeigt, die Konsequenzen einfordert und die Entwicklungsschritte miterlebt und mitgestaltet. Die Frauen bleiben trotz der Distanz emotional stark mit den Kindern verbunden und leben im Gegensatz zu den Kindern stetig für



die Zukunft. Denn erst der Wunsch nach einer gemeinsamen Zukunft mit gewissen finanziellen Möglichkeiten war der Auslöser für die Trennung von Mutter und Kind, die Arbeitsmigration in ein anderes Land.

Diese „Kluft des zeitlichen Erlebens“ wie es Ann Phoenix betitelt und das Paradoxon, dass die Frauen migrieren, um eine gute Mutter zu sein und deshalb die Trennung von den Kindern in Kauf nehmen, können zu einer Belastungsprobe für die innerfamiliäre Intimität werden.

Kommen Frauen aus Kulturen, in denen biologische Mütter nicht als alleinige Erzieherinnen gesehen werden, sondern Erziehung als kollektive Aufgabe verstanden wird, wirkt sich das entlastend auf migrierende Mütter aus.

Wird Mutterschaft, so wie in der Regel, als stetige Begleitung beim Heranwachsen der eigenen Kinder verstanden, stehen transnationale Mütter vor der Herausforderung, dieses biologisch-soziale Verständnis neu zu definieren und zu generieren, damit sich finanzielle und emotionale Sorge vereinbaren lassen und die Frau sich als gute Mutter wahrnehmen kann.



#### Quellen:

- Elisabeth Beck-Gernsheim (2006): Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang
- Pascal Goetze (2007): Transnationale Migrationen. Post-jugoslawische Biografien in der Weltgesellschaft
- Petrus Han (2003): Frauen und Migration. Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration
- Arlie Russel Hochschild (2001): Globale Betreuungsketten und emotionaler Mehrwert. In: W. Hutton/ A. Giddens (Hrsg.): Die Zukunft des globalen Kapitalismus, S. 157-176
- Pierette Hondagneu-Sotelo und Ernestine Avila (1997): "I'm here, but I'm there". The Meanings of Latina Transnational Motherhood. In: Gender & Society, Vol. 11, S. 548-571
- Helma Lutz (2008): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung
- Rhacel Salazar Parrenas (2001): Mothering from a distance: Emotions, gender, and intergenerational relations in filipino transnational families. In: Feminist Studies, Jg. 27, Heft 2, S. 361-390
- Ann Phoenix (2009): Idealisierung emotionaler Bindungen oder materielle Versorgung? Transnationale Mutterschaft und Kettenreaktion. In: H. Lutz (Hrsg.): Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen, S. 86-101

# Podiumsdiskussion



Nach gut zehn Jahren Prostitutionsgesetz ist dieses massiv in der Diskussion. Prostitution ist sichtbarer geworden, die Einschätzungen und Positionen zum Prostitutionsgesetz sind vielfältig und gegensätzlich: Hat sich durch das Gesetz die Situation der Frauen in der Prostitution verbessert oder verschlechtert? Welcher Handlungsbedarf besteht, was nützt den Frauen? Und welche Forderungen ergeben sich daraus an die Politik?

Als Referentin zum Thema konnten wir die langjährige und renommierte Sozialwissenschaftlerin **Frau Prof. Dr. Barbara Kavemann** gewinnen, die u. a. zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes wissenschaftlich gearbeitet hat.

[Den Vortrag von Frau Prof. Dr. Kavemann finden Sie im Anhang nach Seite 16.](#)

Neben ihr sind auf dem Podium vertreten:

**Irmgard Schewe-Gerigk**, Vorstandsvorsitzende von TERRE DES FEMMES, die als ehemalige Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN maßgeblich am Entstehungsprozess des Gesetzes beteiligt war.

**Ariane**, Sexarbeiterin, die sich aktiv für die Belange ihrer Berufsgruppe einsetzt.

**Doris Köhnke**, Mitarbeiterin des FIZ in Stuttgart, die als Fachberaterin mit Opfern von Menschenhandel arbeitet.

**Paul Schneider**, Kripo Freiburg, der in seinem beruflichen Alltag stark mit Themen des Prostitutionsmilieus befasst ist.

**Simone Heneka**, die im Projekt P.I.N.K. – Prostitution | Integration | Neustart | Know-How Prostitutierte berät und begleitet.

Die Diskussion moderiert **Ute Niethammer**, theologische Referentin der Ev. Frauen in Baden.



## Veranstalter

P.I.N.K.  
Schwarzwaldstr. 24 | 79102 Freiburg  
pink@diakonie-freiburg.de  
www.pink-baden.de



Träger: Diakonieverein beim Diakonischen Werk Freiburg e.V. in Kooperation mit dem Diakonischen Werk im Ortenaukreis.

gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



Baden-Württemberg  
MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,  
FAMILIEN UND SENIOREN



## Übersicht von Ariane, Sexarbeiterin

In Deutschland regeln das Prostitutionsgesetz seit 2002, sowie die laufende Rechtsprechung, sowie lokale Verordnungen die legale und illegale Ausübung von Prostitution.

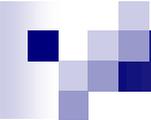
Aktivität	Deutschland	Niederlande	Grossbritannien	Frankreich	Schweden
Betrieb von Prostitutions-stätten: Bordell, Club, Agentur, Laufhaus, Terminwohnungen, SM-Studios, Modellapartments, Agenturapartments, Wohnungen (von Anbieterinnen sowie Privatwhg. von Kunden) Strasse, Hotel etc.	<p>legal</p> <p>unlizensiert* inkl. Angebot sex. Dienstleistungen in Privatwohnung, Kundenwhg. Hotels</p> <p>näheres regulieren Sonderverordnungen, Sperrbezirks- und Gemeindeverordnungen, lokales Baurecht, in welchen Gegenden, "Zonen" Sexarbeit ausgeübt werden darf</p> <p>*wird in der Gesetzesnovelle hauptsächlich diskutiert und als Erlaubnis- oder Genehmigungspflicht formuliert, an die Auflagen für Betreiber wie für die Räumlichkeiten selbst gebunden sind (z.B. Brandschutzaufgaben wie Pommesbude), für die Eröffnung eines Bordells müssen behördliche Auflagen erfüllt sein, siehe Bsp. Niederlande (vgl. auch Gastronomie, die dem Arbeitsschutz und Sicherheit dienen), keine Vorstrafen wg. sog. 'Milieudelikten', zumutbare Arbeitsbedingungen z.B. keine Flatrate-Kalkulation, sondern Bildung angemessener Marktpreise</p>	<p>legal</p> <p>lizenzierte Bordelle, Agenturen</p> <p>Kunde macht sich strafbar, wenn er nicht lizenzierte Häuser, Wohnungen aufsucht oder bei nicht lizenzierten Agenturen anfragt</p> <p>es wird über eine Zwangsregistrierung aller SexarbeiterInnen im Land nachgedacht, der Gesetzesvorstoss wurde dank Intervention politischer Aktivisten in NL zurückgezogen</p>	<p>illegal</p> <p>als Bordell gilt eine Wohnung, wo mindestens zwei Sexarbeiterinnen arbeiten, auch wenn sie nicht gleichzeitig anwesend sind</p> <p>Vermieter von Wohnungen an SexarbeiterInnen machen sich der Zuhälterei und neuerdings auch als 'Menschenhändler' strafbar, wenn er/sie Vermittlungsleistungen zum Zustandekommen der Dienstleistung erbringt, z.B. Raumvermietung, Fahrdienste (inkl. Taxi Fahrer)</p> <p>"controlling a prostitute" gilt als Vergehen, auch wenn in einer Wohnung mehrere Sexarbeiter zusammen arbeiten; Nachweise sind, wenn einer Räume organisiert und daraus Miete erhält, Arbeitspläne organisiert, Rechnungen bezahlt, anwirbt und kündigt = hiring and firing</p>	<p>illegal</p> <p>das Gesetz verbietet alle Formen unter Beteiligung Dritter, Profit aus der Prostitution zu ziehen, auch im Kollektiv zu arbeiten</p>	<p>illegal</p> <p>ausser, dem alleinselbständigen Sexworker gehört der Raum, von dem sie/er aus alleine arbeitet</p> <p>strafbar ist Zuhälterei und wer sich finanziell an einer Person bereichert, die gelegentlich Sex gegen Bezahlung anbietet</p>
Mindestalter für Kauf und Verkauf sex. Dienstleistungen	18	18	18	18	18
Werbung für sexuelle Dienstleistungen	<p>legal</p> <p>Zeitung, Internet, Schaufenster in ausgewiesenen Strassen/Orten (online/print unter Berücksichtigung jugendschutzrechtlicher Bestimmungen)</p>	<p>legal</p>	<p>illegal</p> <p>Wenn Sex Worker sich als sog. 'Escort' oder 'Model' in der Werbung beschreibt, ist es legal, da keine sex. Dienstleistungen und Prostitution darunter verstanden wird; ähnlich U.S.A. illegal</p>	<p>illegal</p>	<p>illegal</p>
sichtbare Prostitution/ öffentliches werben, Kontaktabtahnung und verhandeln im öffentlichen Raum	<p>legal</p> <p>in Sonderzonen es gelten lokale Sperrbezirksverordnungen, Kontaktverbotsverordnung in ausgewiesenen Stadtbezirken; bei Verstoß gegen diese Ordnungswidrigkeit drohen Bussgelder für SexarbeiterInnen und Kunden</p>	<p>legal</p> <p>nur in Sonderzonen</p>		<p>illegal</p>	<p>illegal</p>
Kriminalisierung der Kunden	<p>Kontakt mit minderjährigen Prostituierten, bei Verstoß gegen Sperrbezirksverordnung</p>	<p>strafbar bei Kontakt mit Sexworkern, die ohne Lizenz oder in nicht-lizenzierten Bordellen, Agenturen, Wohnungen arbeiten</p>	<p>seit 2010 können Kunden bestraft werden, die mit einer Prostituierten verkehren, die dazu gezwungen oder genötigt wird (auch wenn es der Kunde nicht wusste/weiss)</p>	<p>am Strassenstrich es wird seit zwei Jahren nach Schwedischem Vorbild auch in Frankreich ein generelles Sex-Kauf Verbot diskutiert; in der Debatte steht seit dem jüngsten Regierungswechsel aber auch ein völliges Prostitutionsverbot</p>	<p>sog. "Schwedisches Modell": Kauf von Sex ist verboten; man erhofft sich dadurch eine sinkende Nachfrage nach sex. Dienstleistungen</p>

# Das Prostitutionsgesetz und die Kontroverse um die Auswirkungen

Sozialwissenschaftliches  
FrauenForschungsInstitut Freiburg/Berlin  
Prof. Dr. Barbara Kavemann

**Zielsetzung: Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Stärkung der Rechtsposition von Prostituierten**





# Ziele des Gesetzgebers (BT-Drucksache 14/5958)

- **Verbesserung der rechtlichen Stellung von Prostituierten**
  - „Der Gesetzgeber will durch den vorliegenden Entwurf die rechtliche Stellung der Prostituierten, nicht die der Kunden, der Bordellbetreiber und anderer verbessern.“
- **Verbesserung der sozialen Lage von Prostituierten**
  - „Gleichzeitig soll die soziale Benachteiligung von Prostituierten abgebaut werden.“
- **Kriminellen Begleiterscheinungen die Grundlage entziehen**
  - „Durch die Verbesserung der rechtlichen Stellung der Prostituierten soll den in diesem Bereich der oftmals vorherrschenden kriminellen Bedingungen, die auch dem Bereich der organisierten Kriminalität zugerechnet werden müssen, die Grundlage entzogen werden.“
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten**
  - „Daran knüpft sich die Erwartung, dass schlechte Arbeitsbedingungen beseitigt werden.“
- **Erleichterung des Ausstieges aus der Prostitution**
  - „Prostituierte sollen jederzeit die Möglichkeit haben, aus ihrer Tätigkeit auszusteigen, z.B. indem sie Umschulungsmaßnahmen in Anspruch nehmen.“



# Wege des Gesetzgebers

## ■ Abschaffung der Sittenwidrigkeit implizit im Gesetzestext

- Vereinbarung „sexuelle Dienstleistungen gegen Geld“ begründet rechtswirksame Forderung, § 1 ProstG.
  - Klagemöglichkeit
  - Möglichkeit, Arbeitsvertrag abzuschließen
  - Anmeldung bei der gesetzlichen Sozialversicherung

## ■ Änderung von Strafrechtsnormen

- Streichung von § 180 a I, Nr. 2 StGB (Förderung der Prostitution)  
Anpassung des § 181a II StGB (kupplerische Zuhälterei)

## ■ Abschaffung der Sittenwidrigkeit explizit durch die

**Gesetzesbegründung:** “Art.1 ProstG stellt klar,dass bei entgeltlichen sexuellen Handlungen nicht mehr automatisch von Unsittlichkeit ausgegangen werden kann.“



# Zur „Abschaffung der Sittenwidrigkeit“

- **Keine eindeutige Regelung der Sittenwidrigkeit von Prostitution.**
- **Kaum Ausstrahlungswirkung in andere Rechtsbereiche mit Unsittlichkeitsbegriffen.**
  - Sperrbezirke, Werbeverbot, Baugebiete
- **Rechtsunsicherheit / uneinheitliche Behördenpraxis in angrenzenden Rechtsgebieten.**
  - Gewerbebetrieb, Gaststätte
- **Keine Umsetzungsrichtlinien für Behörden**



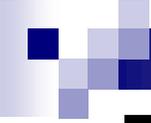
# **Ziel: Verbesserung der rechtlichen Stellung und sozialen Lage der Prostituierten** (n = 305 Prostituierte; 2005)

- **Geringe Inanspruchnahme der neuen gesetzlichen Möglichkeiten**
- **Arbeitsverträge kaum existent**
- **Hoher Anteil an Krankenversicherungen**
- **Geringe Alterssicherung**



# Gründe für die Ablehnung von Arbeitsverträgen

- *„Was nutzt mir das denn? Schon die soliden Leute haben Probleme mit ihrer Rente später, ob sie überhaupt Rente bekommen, und wenn sie sich mit viel Geld absichern, wissen sie immer noch nicht, was sie später kriegen.“*
- *„Ich bin nicht daran interessiert, dass alle wissen, dass ich als Prostituierte arbeite, will keinen Stempel haben.“*
- *„Was soll in so einem Arbeitsvertrag drin stehen? Du musst so und so viele Gäste machen, du musst Verkehr anbieten, du musst Französisch anbieten, du musst so und so arbeiten? Das kann's nicht sein. Das finde ich viel perverser als alles andere.“*



# Ziel: Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten

## ■ Stagnation

- Ämter für Arbeitsschutz sehen sich nicht zuständig.
- Bauämter sehen ihre Möglichkeiten zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen nicht.
- Gewerbeämter könnten Arbeitsbedingungen beeinflussen, jedoch bundesweit uneinheitlich.

## ■ Keine Verpflichtung von Arbeitgebern, gute Bedingungen zu schaffen.



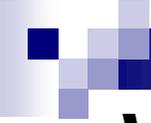
# **Ziel: „Kriminellen Begleiterscheinungen den Boden entziehen“**

- **In der Gesetzesbegründung formuliertes Ziel: Kriminellen Begleiterscheinungen den Boden entziehen.**
  - Mehr Rechte, Stärkung der Position von Prostituierten
- **In der Fachdiskussion formulierte Befürchtung: Die Strafverfolgung im Bereich Menschenhandel, Zuhälterei und Ausbeutung wird erschwert.**
  - Verlust eines Einstiegstatbestandes
  - Erhöhte Beweisschwierigkeiten
  - Wegfall eines Auffangtatbestandes



## **Ziel: „Ausstieg erleichtern“**

- **Das ProstG hat weder positiv noch negativ auf die Möglichkeiten zum Aus- und Umstieg eingewirkt.**
- **Barrieren, die den Wechsel in eine andere Erwerbstätigkeit erschweren, gibt es seitens der Gesellschaft und ihrer Institutionen ebenso wie seitens des „Milieus“.**
- **Seit 2011: BMFSFJ finanziert ein Bundesmodellprojekt zur Unterstützung von Frauen und Männern, die aufhören wollen, in der Prostitution zu arbeiten und sich neu orientieren wollen.**



# Wünsche von Prostituierten: (SoFFI 2006)

- **Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen**

*„Verbesserte Lebensbedingungen und soziale Absicherung für Prostituierte, Schutz vor Zuhälterei, mehr Gerechtigkeit“*

*„Sicherheit bei Krankheit im Alter“*

- **Konkrete Verbesserungen wie bezahlbare Mieten im Bordell und Schutz vor Ausbeutung und gesundheitsgefährdenden Praktiken**

- **Abbau von Stigmatisierung**

*„Gerechtigkeit. Akzeptiert zu werden, wie jeder andere auch. Gesellschaftliche Anerkennung“*

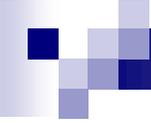
*„Mehr Respekt und Gleichbehandlung für uns Frauen“*



# Gründe für geringe Wirkung des ProStG I

(SoFFI 2006)

- **Bislang fehlte ein expliziter politischer Wille zur Umsetzung des ProStG.**
- **Die Frage der Sittenwidrigkeit ist nicht verbindlich im Gesetzestext geregelt. Das eröffnet große Spielräume für individuelle moralische Interpretationen und unterschiedliche Regelungen in den Ländergesetzen.**
- **Soziale Absicherung und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen wurden an den Abschluss von Arbeitsverträgen gekoppelt. Dies erwies sich nicht als gangbarer Weg.**



# Gründe für geringe Wirkung des ProstG II

(SoFFI 2006)

- **Betreiber und Betreiberinnen haben konkrete Möglichkeiten, das Gesetz zu nutzen, es gibt jedoch keine Verpflichtung, den gewonnenen Freiraum in gute Arbeitsbedingungen umzusetzen.**
- **Fehlende Rechts- und Planungssicherheit für Betreiber/innen steht in vielen Fällen der Einführung von Verbesserungen im Wege.**
- **Es fehlen**
  - behördliche Umsetzungsrichtlinien.**
  - prostitutionsspezifisches Wissen in Behörden.**
  - Berücksichtigung milieuspezifische Hindernisse**
  - Kommunale kooperative Konzepte zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen vor Ort**



# Ergebnisse einer Befragung von Gewerbeämtern (SoFFI 2006)

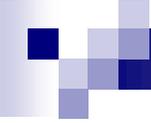
- Nicht alle Bundesländer ließen Gewerbeanzeigen zu.
- Auch in den Ländern, die Gewerbeanzeigen zulassen, war die kommunale Praxis **uneinheitlich**:
  - Entweder als Betrieb anerkannt und unter dem Begriff im Gewerberegister geführt
  - oder als Gewerbe registriert unter den Bezeichnung „gewerbliche Zimmervermietung“, „erotische Massage“
  - oder die Gewerbeanzeige wird zurückgewiesen.



# Argumente für eine **Erlaubnispflicht**:

Ergebnisse der Experteninterviews (SoFFI 2008)

- Prostitutionsnahe Straftaten erfordern hohe Kontrolldichte: Gewerberechtliche Kontrollen als Ergänzung zu bisher erfolgenden polizeilichen Kontrollen
- Trennung von legalen und illegalen Bereichen der Prostitution fördern
- Hier treffen sich die Argumente einiger Experten aus den **Gewerbeämtern** und der Mehrheit der Befragten in der **Polizei**
- Status Quo als inkonsequent betrachtet. Gleichbehandlung mit anderen Gewerbearten bedeutet die Einführung einer Erlaubnispflicht für die Prostitution



# **Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Prostituierten – Möglichkeiten im Gewerberecht**

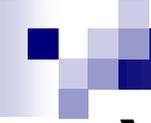
- Erlaubnispflicht bietet Ansatzpunkte zur Verbesserung durch Auflagen
- Regelungen des Bau- Gewerbe- und Ausländerrechts könnten dann eingefordert, überprüft und vollzogen werden
- Konkurrenz zum illegalen Bereich könnte sich förderlich auswirken
- ProstG könnte schützende Wirkung entfalten
- Aber: Neuer Arbeitsbereich der Behörden, den es zu definieren gilt



# Perspektiven Gewerberecht

- Die gewerberechtliche Praxis kann mit allen Lösungen leben
- Die Hälfte aller Befragten in den Behörden wünschte eine gesetzliche Klarstellung
- Eine Erlaubnispflicht bedarf einer Gesetzesänderung
- Investitionen, Auflagen, Kriterien und Kontrollen könnten Arbeitsverhältnisse spürbar verbessern
- Auflagen müssen so gestaltet sein, dass nicht Großbetriebe davon profitieren, sondern auch Wohnungsbordelle sie erfüllen können
- Betreiber/innen brauchen Rechtssicherheit, wenn sie in ihre Betriebe investieren

**(Vgl. Broschüre zu Prostitution und Gewerberecht BMFSFJ)**



# **Vergleich mit Erfahrungen in den Niederlanden**

## **Evaluationen der Niederländischen Regulierung der Prostitution:**

- **Ausbeutungsverhältnisse in der Prostitution wurden kaum verbessert.**
- **Erlaubnispflicht allein führt nicht zu den gewünschten Verbesserungen, es braucht flankierende Maßnahmen: Kriterien und Kontrollen**
- **Erlaubnispflicht und Gewerbebeanmeldung sind allerdings die Voraussetzungen dafür, dass Arbeitsbedingungen überhaupt verbessert werden können.**



# **Bauplanungsrecht und Bauordnungsrecht werden bislang wenig genutzt, um die Ziele des ProstG umzusetzen**

- **Im Baurecht gibt es vielfältige Möglichkeiten der Beeinflussung von Arbeitsmöglichkeiten**
  - Räumlichkeiten, Tageslicht, Hygiene, Sicherheit
  - Wohnen und arbeiten im gleichen Raum, Rückzug
  - Sichere Umgebung statt Gewerbegebiet am Stadtrand usw.



# **Seit Inkrafttreten des ProstG wurden in einigen Regionen viele Betriebe durch die Bauämter geschlossen**

- **Duldungspraxis hatte zur Folge, dass langjährig Betriebe in Wohngebieten existierten**
- **Rechtlich strittige Einordnung der Wohnungsprostitution als „störend“ führt zur Schließung**
- **Verdrängung auf die Straße oder in Großbordelle erfolgt**
- **Praxis der Behörden und die Ziele des ProstG stehen im Konflikt**
- **Argumentation in Politik und Öffentlichkeit ist überwiegend moralisch**



# **ProstG und Menschenhandelsbekämpfung I**

**Thesen, die die Auseinandersetzung um das ProstG leiten:**

- **Das ProstG hat den Menschenhandel befördert**
- **Das ProstG hat den Zuzug von Prostituierten befördert**
- **Das ProstG hat Deutschland zu einem Eldorado der Zuhälter gemacht**



## **ProstG und Menschenhandelsbekämpfung II**

- **Rahmenbedingungen für die Bekämpfung des Menschenhandels wurden durch die EU-Osterweiterung erschwert**
- **Rechtlich geregelt ist der Zuzug im Zuwanderungsgesetz**



# **ProstG und Menschenhandelsbekämpfung III**

(Helfferich, Kavemann, Rabe 2008)

- **Kooperationsbereitschaft ist erhöht, wenn Polizei als unterstützend wahrgenommen wird**
- **Druck und Angst sind zweiseitige Strategien**
- **Zugang zu verlässlicher Information und Beratung ist wichtig**
- **Kontrollen sind kaum geeignet Opfer zu erkennen**
- **Das Bewusstsein eigener Rechte kann den Ausschlag geben**
- **Bedrohung und Dringlichkeit der Migrationsziele geben den Ausschlag, der Polizei nichts zu sagen**



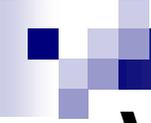
# Relationen und Zusammenwirken von Druck

(einbezogen: alle Frauen der Studie **ohne** rechtmäßigen Aufenthalt)  
(Helfferich, Kavemann, Rabe 2008)

## Konstellationen von drei ausgewählten Determinanten:

*Täterstrategien, polizeiliches Handeln, Migrationsziele*

- Druck, der von Täter/innen ausgeübt wird (v.a. Gewalt, Bedrohung, Schuldenfalle)
- Druck, der von der Polizei ausgeübt wird (Drohung mit Haft oder Abschiebung, Inhaftierung)
- Druck, eigene (Migrations-)Ziele zu erreichen



# **Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Prostituierte und der Menschenhandel** (Helfferich, Kavemann, Rabe 2008)

- **Stigmatisierung ist eine Determinante, die die Offenbarungs- und Anzeigebereitschaft reduziert.**
- **Gesellschaftliche Strategien, die die Stigmatisierung von Prostituierten verringern, fördern die Offenbarung und damit die Anzeige.**
- **Respektvolles Verhalten von Polizeibeamt/innen kann den Ausschlag für eine Aussage geben. Auch dies hängt mit dem gesellschaftlichen Umgang mit Prostituierten zusammen.**

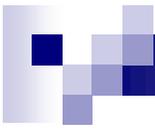


# **Prostitution ist eine Erwerbstätigkeit, die als vorübergehend geplant wird (N=126)**

(SoFFI 2006)

- **Nicht länger als weitere 3 Jahre: 52%**
- **Bis zu 5 weitere Jahre: 21%**
- **Bis zu zehn weitere Jahre: 23%**
- **Mehr als 10 weitere Jahre: 4%**

**Mehrheitlich wird eine kürzere Dauer geplant,  
Ausstiegsmodelle sind daher für die meisten ein Thema.**



# **Unterstützung beim Ausstieg aus der Prostitution**

**Modellprojekt des BMFSFJ seit 2011**



**Überlegungen / Entscheidungen zum Aus- oder Umstieg werden in der Regel in einer **belasteten** Situation getroffen.**

- **Belastungen können in allen Lebensphasen entstehen**
- **Es geht nicht nur um Belastungen durch die Arbeit in der Prostitution**
- **Unterstützung nimmt die Person und ihre ganze Lebenssituation in den Blick**



# **Belastungen, die die Entscheidung zum Aus- oder Umstieg betreffen, können sein...**

- **Schlechter Gesundheitsstatus**
- **Erschöpfung / Burn-out**
- **Eingeschränkte soziale Kontakte**
- **Anhaltende Verschuldung**
- **Aufgabe der einzigen Erwerbsquelle**
- **Soziale Stigmatisierung**
- **Beeinträchtigtetes Selbstwertgefühl**



## **Belastungen **vor** der Zeit in der Prostitution können sein:.....**

- **Gewalt in Kindheit und Jugend**
- **Gewalt in Beziehungen**
- **Belastungen durch schwierige Familien- bzw. Lebensereignisse**
- **Armut, Existenzängste**
- **Depression, Krise**
- **Ungesicherter rechtlicher Status**



# Belastungen **während** der Zeit in der Prostitution können sein:.....

- Arbeit in der Prostitution „macht kaputt“
  - Faktor Dauer der Tätigkeit
  - Faktor Alter
  - Faktor Verdienst
  
- Depression
- Schlechte Arbeitsbedingungen
- fehlende Krankenversicherung
- Schwangerschaft
- Gewalt und Bedrohung, unsichere Arbeitsorte
- Doppelleben
- Ungesicherter rechtlicher Status



## **Belastungen **nach** der Zeit in der Prostitution können sein:.....**

- **Arbeitslosigkeit, fehlende Tagesstruktur**
- **Krankheit**
- **Depression**
- **Armut, Existenzängste**
- **Diskriminierung**
- **Reduziertes Selbstwertgefühl**
- **Ungesicherter rechtlicher Status**



# **Die Kontroverse um die Freiwilligkeit in der Prostitution**

- **These 1: Es gibt keine freiwillige Prostitution, für diese Tätigkeit gibt es keine eigene Entscheidung, nur Zwang.**
- **These 2: Es gibt keinen Zwang, keinen Menschenhandel, sondern nur freiwillige, selbstbestimmte Prostituierte.**
- **Beide Positionen vereinfachen die Realität unzulässig.**



# Unterschiedlicher Zugang zu Prostitution

Wechsel entsprechen individueller Entwicklungen sind häufig

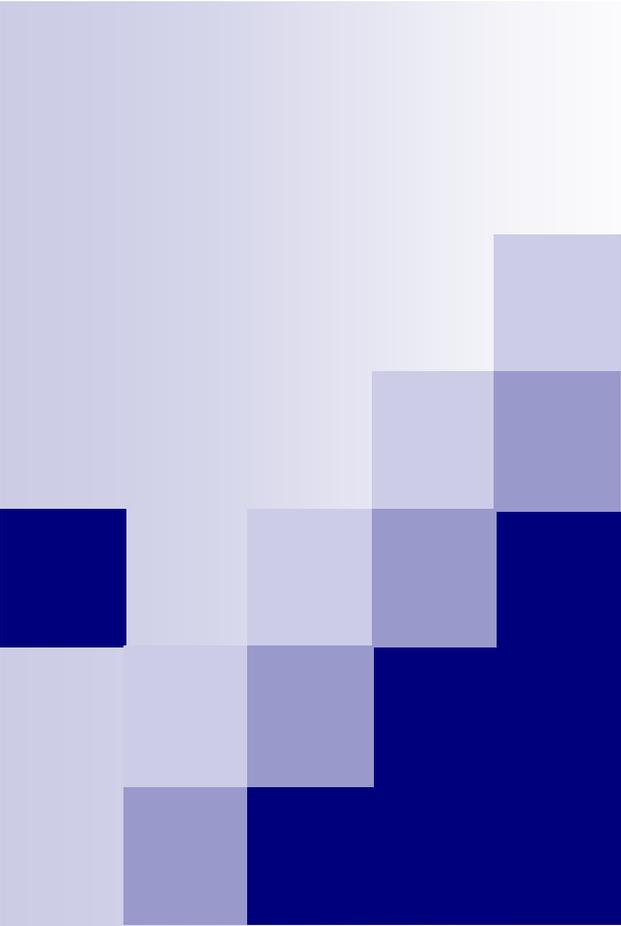
<b>Bewusste Entscheidung für die Arbeit in der Prostitution angesichts anderer Optionen</b>	<b>Mehr oder weniger klare Entscheidung für die Arbeit in der Prostitution angesichts wenig oder schlechter Optionen</b>	<b>Zwang bzw. Nötigung zur Arbeit in der Prostitution</b>
---	--	---

**Unterstützung bei einer Neuorientierung muss bedarfsgerecht sein. Schutz muss gewährleistet werden, wenn erforderlich.**



# **Gesellschaftliche Aufgaben**

- **Entwickeln von Strategien und Maßnahmen zum Abbau von Stigmatisierung**
- **Bildung von kooperativen, partizipativen Gremien zur Analyse und Verbesserung der Arbeitssituation von Menschen in der Prostitution**
- **Richtlinien zur Umsetzung der Ziele des ProstG und Weiterbildung für Behörden, die mit der Thematik befasst sind**
- **Rechtliche Sicherung und Erwerbsmöglichkeiten für Opfer von Menschenhandel**
- **Förderung von zielgruppengerechter, bedarfsgerechter Unterstützung**



Ich danke für Ihre  
Aufmerksamkeit!